



Europäischer Aktionsplan Stahl

Ein Konjunkturprogramm für europäischen Stahl

Brüssel, 11. Juni 2020, verabschiedet vom industriAll Europe-Exekutivausschuss

Stahl ist von zentraler Bedeutung für die Erholung Europas nach COVID-19

Die COVID-19-Pandemie hat massive Auswirkungen auf den europäischen Stahlsektor und seine Beschäftigten. Während dieser Krise **bleibt die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten weiterhin das vorrangige Ziel**. Gewerkschaftsvertreter*innen müssen in vollem Umfang in die Entscheidungen über Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz einbezogen werden.

Die **Stahlproduktion in Europa (EU)** ist im zweiten Quartal **um 40% zurückgegangen**, und die **Auftragseingänge sind um 70-75% zurückgegangen**. Es wird geschätzt, dass mindestens **45% der Belegschaft** von vorübergehenden Entlassungen und reduzierten Arbeitszeiten betroffen ist¹.

In vielen europäischen Stahlwerken ruht die Produktion. Da die Kosten für die Stilllegung eines Hochofens hoch sind, herrscht bei den Beschäftigten die große Sorge, dass die Öfen nicht wieder hochgefahren werden, was dazu führen würde, dass aus vorübergehenden Entlassungen dauerhafte Entlassungen werden. So könnte bis zum Ende dieser Pandemie etwa **50% der Stahlerzeugungskapazität verloren gehen**.

Während Europa leidet, setzen andere Länder ihre Produktion fort und lagern ihre Produkte gar ein. So konnte China seine Produktion **im ersten Quartal 2020 um 1,3% steigern**². Es herrscht die Sorge, dass einige Länder die COVID-19-Pandemie als Gelegenheit nutzen werden, um ihre Kapazitäten aufzubauen, ihre Lagerbestände zu vergrößern und **den offenen EU-Markt mit billigem Stahl zu überschwemmen**.

Europäischer Aktionsplan Stahl: Wiederaufbauplan

IndustriAll Europe, die Arbeitnehmer in 38 europäischen Ländern vertritt, fordert daher einen neuen **europäischen Aktionsplan Stahl** und hat eine Reihe von Forderungen umrissen, die für die nachhaltige Zukunft der europäischen Stahlindustrie von entscheidender Bedeutung sind. Die COVID-19-Pandemie hat einen ohnehin schon anfälligen europäischen Stahlsektor weiter geschwächt, und es besteht dringender Handlungsbedarf.

Zusätzlich zu den im Aktionsplan Stahl aufgeführten Forderungen gibt es einige dringende Maßnahmen, die als eine Art Rettungsanker für den europäischen Stahlsektor so schnell wie möglich umgesetzt werden müssen.

Forderungen von industriAll Europe im Zusammenhang mit COVID-19:

- ⇒ Die Aktualisierung der **EU-Stahlschutzmaßnahmen** (in Kraft ab 1. Juli 2020), um sie an den enormen Rückgang der EU-Nachfrage anzupassen. Die Quoten für Q2 und Q3 2020 sollten um 75% reduziert werden.
- ⇒ Ein **ehrgeiziges europäisches Konjunkturprogramm für die Industrie**, das den Erfordernissen des Stahlsektors gebührend Rechnung trägt und ihn wieder in die Lage versetzt, die für Investitionen in eine nachhaltige Zukunft erforderlichen Cashflows zu generieren.

¹ EUROFER-Umfrage, 7. Mai 2020.

² China Iron and Steel Association ([CISA](#)).

- ⇒ **Konjunkturpakete** auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU zur Ankurbelung der Industrieproduktion mit besonderem Schwerpunkt auf Sektoren, die stark von COVID-19 betroffen sind, wie die Automobil- und die Baubranche.

Europa braucht Stahl und Stahl braucht Europa

Europäischer Stahl ist das Herzstück der europäischen Industrie. Stahl war eine Säule der ersten industriellen Revolution, und die EU, die wir heute kennen, begann 1951 als **Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl**. Die Stahlproduktion ist auch in den EU-Beitritts- und Kandidatenländern von großer Bedeutung, und sie wird für das Vereinigte Königreich nach Ende des Übergangszeitraums weiterhin von entscheidender Bedeutung sein. Fairer Handel zwischen der EU und den EU-Kandidatenländern, den EU-Beitrittsländern und dem Vereinigten Königreich (nach Ende des Übergangszeitraums) ist entscheidend.

Für zahlreiche **Sektoren der europäischen Fertigungsindustrie** (z. B. die Automobil-, Bau- und Energieindustrie) ist Stahl der zentrale Werkstoff und wird das auch in Zukunft bleiben. Stahl spielt eine wichtige Rolle bei der Bewältigung unserer großen gesellschaftlichen Herausforderungen, einschließlich der Erreichung unseres Ziels der **Klimaneutralität bis 2050**. Er ist ein wesentlicher Faktor für den Umbau unseres Verkehrssystems, die Modernisierung der Energienetze, den Einsatz erneuerbarer Energien und die Gebäudesanierung zur Steigerung der Energieeffizienz.

Für alle diese Transformationen ist Stahl ein unverzichtbarer Werkstoff und deshalb darf sich Europa nicht von Importen abhängig machen. Die EU ist jedoch seit dem Jahr 2015 ein Nettoimporteur von Stahl und dient somit als „Ventil“ für globale Überkapazitäten. Dieser Trend muss umgekehrt werden, damit Europa den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen erfolgreich begegnen kann.

Darüber hinaus wird europäischer Stahl im Rahmen des **europäischen Grünen Deals** und des **Aktionsplans Kreislaufwirtschaft** eine Schlüsselrolle spielen. Gegenwärtig werden 85 % des Stahls wiederverwendet, und ein 100 % geschlossener Kreislauf ist möglich. Es werden jedoch enorme Anstrengungen erforderlich sein, um die Innovationsfähigkeit des Sektors im Hinblick auf eine CO₂-arme Zukunft sicherzustellen.

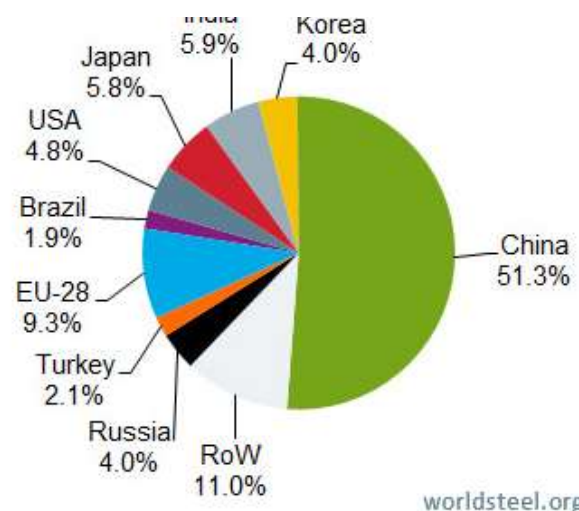
EU-Stahlproduktion und Arbeitsplätze: vor COVID-19

In den letzten Jahren hat der Sektor umfangreiche Umstrukturierungen und Transformationen erlebt. Während der Finanzkrise (2007-2013) brach die Produktion in der EU um ein Drittel ein und sie liegt **immer noch 20 % unter dem Vorkrisenniveau**. Zwischen 2008 und 2014 gingen in Europa mehr als **90 000 Arbeitsplätze** in diesem Sektor verloren (von 420 00 auf 330 000).

Während die EU-Stahlproduktion zurückgegangen ist, hat der weltweite Wert zugelegt, und der EU-Anteil an der Gesamtproduktion liegt nun **bei unter 10 %**. Während Investitionen in neue Kapazitäten in den letzten 10 Jahren in allen Schwellenländern weit verbreitet waren, hat die EU ihre Produktion zwischen **2008 und 2014 um mehr als 40 Mio. t/Jahr** reduziert.

Heute zählt der EU-Stahlsektor über **500 Produktionsstandorte** und bietet **330 000 direkte** und **1,5 Millionen indirekte Arbeitsplätze**.

Anteil an der Weltstahlproduktion (2019)
(Quelle: World Steel)



Darüber hinaus ist die Stahlproduktion auch in den EU-Beitritts- und Kandidatenländern von entscheidender Bedeutung, und industriAll Europe vertritt auch diese Arbeitnehmer. Wir werden für die Zukunft der Stahlindustrie in allen Ländern, in denen wir Mitglieder vertreten, kämpfen. Fairer internationaler Handel ist von größter Bedeutung, und wir müssen zusammenarbeiten, um unfaires Dumping von außerhalb Europas zu unterbinden.

Europäische Stahlproduktion und Arbeitsplätze: Nach der COVID-19-Krise

Es müssen die **mittel- und langfristigen Auswirkungen von COVID-19** auf den europäischen Stahlsektor analysiert werden. Die jüngsten Umfrageergebnisse (EU) zeigen einen Produktionsrückgang von 40%, einen Rückgang der Auftragseingänge um 70-75% und dass mindestens **45% der Belegschaft** vorübergehend entlassen wurde oder weniger arbeitet³.

Europäischer Aktionsplan Stahl

Im Jahr 2013 legte die Europäische Kommission einen **Aktionsplan Stahl** vor und setzte die **Hochrangige Gruppe Stahl** ein. Dieser Aktionsplan Stahl (2013) behandelte Bereiche wie die Steigerung der Stahlnachfrage und die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen beim Zugang zu Rohstoffen und Handel, und er trug damals sicherlich zur Erholung der Stahlindustrie bei. Die europäische Stahlproduktion befindet sich jedoch erneut in einer sehr kritischen Situation, und wir brauchen einen neuen europäischen Aktionsplan Stahl, um die aktuellen Herausforderungen unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen von COVID-19 meistern zu können.

Die Auswirkungen von COVID-19 und die bereits bestehenden Herausforderungen im Zusammenhang mit den globalen Überkapazitäten, billigem Dumpingstahl auf dem EU-Markt, dem Zugang zu Rohstoffen, hohen Energiepreisen, der Dekarbonisierung, unfairen Handelspraktiken, der Brexit-Unsicherheit und der Stagnation des Wirtschaftswachstums in Europa sind allesamt echte Bedrohungen für die Zukunft des Sektors. Das Schrumpfen der europäischen Wirtschaft, verbunden mit einem Anstieg der Einfuhren von Billigstahl, könnte zu einer **weiteren Deindustrialisierung** führen und so die Industrie in Europa lähmen. **Dies muss unter allen Umständen verhindert werden!**

Die Zukunft der europäischen Stahlindustrie und ihrer Beschäftigten ist bedroht, und industriAll Europe fordert alle Akteure auf, sich zusammenzutun, um für einen neuen europäischen Aktionsplan Stahl einzutreten und die Erholung des europäischen Stahlsektors zu unterstützen.

³ EUROFER survey 7 May 2020.

Ein neuer europäischer Aktionsplan Stahl, der die Stahlbeschäftigten in den Mittelpunkt rückt

Der Stahlsektor hat sich seit dem letzten **Aktionsplan Stahl der Europäischen Kommission (2013)** verändert. Die globale Stahlproduktion ist gestiegen, während die Produktion in Europa zurückgegangen ist. Diese Lücke wurde durch die Auswirkungen von COVID-19 und die eingeführten Maßnahmen in Europa, wo die Produktion um 40% zurückging, weiter vergrößert, während es einigen Nicht-EU-Ländern gelang, ihre Produktion aufrechtzuerhalten oder sogar zu steigern.

Die **weltweiten Überkapazitäten** drücken weiter die Preise und fördern unfaires Dumping von Billigstahl auf den EU-Markt, und eine internationale Lösung ist nicht in Sicht. Die Preise auf dem europäischen Stahlmarkt basieren heute auf unlauteren Wettbewerbspraktiken wie Währungs-, Handels- und Umweltdumping, sowie der Unterwanderung von Gesundheits- und Sicherheitsnormen, **was letztlich dazu führt, dass die in Europa oktroyierten Preise die weltweit niedrigsten sind.**

Wir brauchen eine **starke, koordinierte europäische Reaktion**, um den europäischen Stahlsektor und seine Beschäftigten zu schützen. Deshalb fordert industriAll Europe einen **neuen europäischen Aktionsplan Stahl** der Europäischen Kommission, der:

1. die **Stahlbeschäftigten** in den Mittelpunkt rückt;
2. auf einer starken Industriepolitik mit sozialer und ökologischer Dimension beruht;
3. die Gewerkschaften in die Ausgestaltung, Begleitung und Umsetzung des Plans einbezieht.

Forderungen von industriAll Europe

Der europäische Stahlsektor steht vor echten Herausforderungen, und die Zeit drängt. Jeder muss seinen Beitrag leisten, industriAll Europe ruft deshalb **alle** Akteure des europäischen Stahlsektors auf, gemeinsam für die Zukunft des europäischen Stahls zu kämpfen.

Europäische Entscheidungsträger

IndustriAll Europe fordert die europäischen Entscheidungsträger auf:

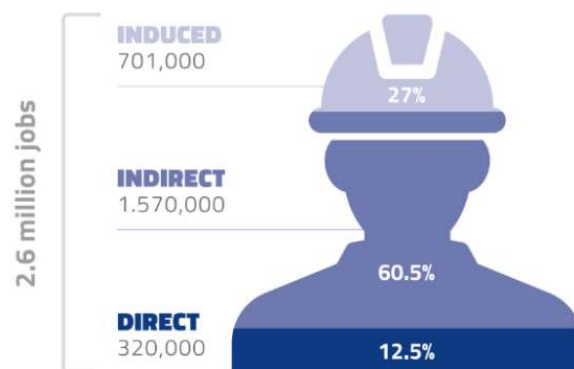
1. einen **ehrgeizigen Plan zur Wiederbelebung der Industrie nach COVID-19** zu verabschieden, der die Erfordernisse des Stahlsektors gebührend berücksichtigt und den Sektor wieder in die Lage versetzt, die für Investitionen in eine nachhaltige Zukunft erforderlichen Cashflows zu generieren;
2. einen **neuen umfassenden und ehrgeizigen europäischen Aktionsplan Stahl** für den Zeitraum 2020-2030 auszuarbeiten und umzusetzen, um den Niedergang der europäischen Stahlindustrie zu stoppen;
3. Synergien zwischen dem neuen europäischen Aktionsplan Stahl, dem **europäischen Grünen Deal** und der neuen **EU-Industriestrategie** zu schaffen;

EMPLOYMENT

GRAPHIC • 2018

SOURCE: OXFORD ECONOMICS

The EU steel industry supports nearly 2.6 million jobs



	'Type I' multiplier	'Type II' multiplier
Multiplier for GVA	4.4	5.8
Multiplier for jobs	5.8	7.9

4. den **Masterplan** for a Competitive Transformation of EU Energy-intensive Industries (Masterplan für eine wettbewerbsfähige Umgestaltung der energieintensiven Industriezweige der EU) zu berücksichtigen;
5. eine sichere und ausreichende **Energieversorgung** zu wettbewerbsfähigen Preisen zu gewährleisten;
6. ein europaweit einheitliches System zum Ausgleich der **indirekten CO₂-Kosten** (die sich aus der Integration der Stromerzeugung in das EHS-Versteigerungsverfahren ergeben) zu schaffen;
7. die Verpflichtungen des **Stahlausschusses der OECD** und des **Globalen Forums zu Stahlüberkapazitäten** (GFSEC) einzuhalten;
8. dringend Maßnahmen zu ergreifen, um ein internes Abkommen zur Bekämpfung globaler Überkapazitäten zu erreichen, beginnend mit der Einrichtung eines **umfassenden Instruments zur Analyse des Stahlmarkts**;
9. fairen Handel sowohl mit den EU-Beitrittskandidaten als auch mit den Beitrittsländern und mit dem Vereinigten Königreich (nach dem Ende des Übergangszeitraums) zu gewährleisten;
10. die Handelsschutzinstrumente gegen unlauteren Wettbewerb zu stärken, u. a. durch den Ersatz von Kontingenten und Mindestpreisen durch Antidumpingverfahren;
11. Antidumpingmaßnahmen auf **Brammen, Knüppel und Stahlzwischenenerzeugnisse** anzuwenden;
12. die **Regel des niedrigeren Zolls**, die die Stahlindustrie daran hindert, stärker in den europäischen Markt zu investieren, komplett abzuschaffen;
13. die **EU-Stahlschutzmaßnahmen zu aktualisieren**, um sie mit dem enormen Rückgang der EU-Nachfrage in Einklang zu bringen. Die Quoten sollten für Q2 und Q3 2020 um 75% reduziert werden;
14. die **WTO-Regeln zu reformieren**, um unfaire und intransparente staatliche Beihilferegeln besser zu berücksichtigen;
15. sicherzustellen, dass **ausländische Investitionen** in den europäischen Stahlsektor dahingehend überprüft werden, dass sie die gleichen Anforderungen wie für inländische Investoren erfüllen und den strategischen Interessen der EU nicht zuwiderlaufen;
16. die **EU-Wettbewerbspolitik** dahingehend zu überarbeiten, dass der Weltmarkt die Referenz für europäischen Stahl ist;
17. einen fairen Zugang zu **Rohstoffen** zu gewährleisten, wobei die Marktpreise die Umwelt- und Klimakosten im Hinblick auf die biologische Vielfalt widerspiegeln müssen;
18. dringend **CO₂-Ausgleichsmaßnahmen** einzuführen, um die CO₂-Kosten für europäische Stahlimporte und -exporte gleichermaßen auszugleichen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen in Bezug auf CO₂-Kosten und die damit verbundenen indirekten Kosten zu gewährleisten;
19. sicherzustellen, dass die **Innovations- und Modernisierungsfonds im Rahmen des EU-EHS** erheblich zum Einsatz von CO₂-armen Stahltechnologien beitragen;
20. in der geplanten **Überprüfung des EU-EHS**, die im Zusammenhang mit dem europäischen Green Deal angekündigt wurde, die Auswirkungen von COVID-19 auf den Stahlsektor zu berücksichtigen, insbesondere in Bezug auf Investitions- und Produktionsniveaus;
21. ein **ehrgeiziges Konjunkturpaket zur Dekarbonisierung des Stahlsektors** zu schnüren, mit der Feststellung, dass die Herausforderung, kohlenstoffarmen Stahl zu produzieren, durch die Auswirkungen von COVID-19 und den drastischen Einnahmerückgang für Stahlunternehmen noch größer geworden ist;
22. die Umsetzung der **EU-Strategie für sauberen Stahl** zu beschleunigen, die in der EU-Industriestrategie vom März 2020 vorgestellt wurde. Dazu gehören insbesondere die Unterstützung bahnbrechender Technologien für sauberen Stahl, die zu einer kohlenstofffreien Stahlerzeugung führen, sowie die Schaffung neuer Märkte für klimaneutrale Produkte und solche der Kreislaufwirtschaft;
23. die **Markteinführung von CO₂-armen Stahlerzeugnissen** durch die Entwicklung wirtschaftlich tragfähiger Geschäftsmodelle für CO₂-armen Stahl (z. B. durch Abdeckung der Preisdifferenz zu herkömmlichen Stahlprodukten) zu unterstützen;

24. sich zu **ausreichender und langfristiger EU-Finanzierung** zu verpflichten, um Risiken von Projekten für CO₂-armen Stahl zu reduzieren und die **Regeln für staatliche Beihilfen** zur Finanzierung der großmaßstäblichen Umsetzung zu überarbeiten und gleichzeitig sicherzustellen, dass mit EU-Geldern finanzierte Innovation zu industrieller Fertigung in der EU führt;
25. **industrielle Zusammenarbeit** und **öffentliche Mittel zur Finanzierung** von CO₂-armen Infrastrukturen und Investitionen zu ermöglichen;
26. Industriebereichen mit hohem Stromverbrauch den Abschluss **langfristiger Versorgungsverträge** zu gestatten;
27. die Regeln für staatliche Beihilfen zum **Ausgleich der indirekten CO₂-Kosten** durch die Einführung harmonisierter europäischer Regeln zu überarbeiten;
28. die für die Produktion von CO₂-armem Stahl (Wasserstoff-Technologie) erforderlichen **Energieinfrastrukturen** zu ermitteln, aufzubauen und darin sowie in die Infrastruktur für die **Abscheidung und Nutzung von CO₂** zu investieren.
29. sich zur Bereitstellung der **notwendigen EU-Mittel** (z. B. Europäischer Sozialfonds, EU Invest und EFRE) zu verpflichten, um Beschäftigte und Stahlregionen beim Übergang zu einer CO₂-armen Stahlindustrie, ohne Verlust von Kapazitäten oder Arbeitsplätzen, zu unterstützen.

Mitgliedstaaten und Behörden

IndustriAll Europe fordert die Mitgliedstaaten und Behörden auf:

1. die Nachfrage nach europäischem Stahl durch **Investitionen in die öffentliche Infrastruktur** sowie in die **Automobil- und Baubranche**, die von COVID-19 empfindlich getroffen wurden, zu stimulieren;
2. die **Bereitstellung von Liquidität** sicherzustellen, um die Stahlunternehmen über Wasser zu halten, damit sie kurzfristig überleben können
3. sicherzustellen, dass kein Stahlwerk ohne vorherige Suche nach Investoren geschlossen wird, um **Arbeitsplatzverlagerungen und Massenentlassungen zu vermeiden**;
4. Investitionspläne zur **Wiederbelebung der Produktion** an stillgelegten Stahlstandorten zu prüfen, die als potenzielle Infrastruktur für Projekte des industriellen Wandels gelten;
5. sicherzustellen, dass die im Rahmen des **EU-EHS kostenfrei zugeteilten Zertifikate** in das Werk investiert werden, dem sie rechtlich zugeordnet sind, wenn der CO₂-Grenzausgleich eingeführt wurde;
6. sicherzustellen, dass ein erheblicher Anteil der Versteigerungseinnahmen aus dem EU-EHS, die auf der Ebene der Mitgliedstaaten erhoben werden, zur Unterstützung der Dekarbonisierung der Industrie, einschließlich der Stahlindustrie, verwendet wird;
7. in die Infrastruktur für saubere Energien zu investieren und eine **sichere und ausreichende Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen** zu garantieren;
8. durch die Umsetzung von **Unterstützungssystemen** und **Kurzarbeitsregelungen**, einschließlich Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträgen und Schulungsmöglichkeiten, der Zyklichkeit des Sektors Rechnung zu tragen;
9. einen **gerechten Übergang** für jeden Beschäftigten, der von strukturellen Veränderungen betroffen ist, zu garantieren;
10. eine **aktive Arbeitsmarktpolitik** sicherzustellen, um reibungslose Jobübergänge zu ermöglichen und die sozialen Sicherheitsnetze für alle Arbeitnehmer zu verstärken;
11. die **Erfassung von Informationen über neue und verschwindende Beschäftigungsprofile und über zukünftige Qualifikationsanforderungen** auszubauen;
12. **flexible Übergänge zwischen der Arbeits- und der Bildungswelt**, einschließlich lebenslanges Lernen, modulare Lernsysteme, duales Lernen und eLearning und Wissenstransfer, zu entwickeln.

Stahlunternehmen

IndustriAll Europe fordert die Stahlunternehmen auf:

1. sich zu **Investitionen in ihre europäischen Standorte** zu verpflichten, einschließlich der Aktualisierung und Modernisierung der bestehenden Anlagen;
2. von **unsicheren Beschäftigungsverhältnissen** Abstand zu nehmen, gute Arbeitsbedingungen zu garantieren und die Arbeitnehmerrechte für alle Beschäftigten, einschließlich der Zeitarbeiter und **Unterauftragnehmer** zu sichern;
3. hohe **Gesundheits- und Sicherheitsstandards** für alle Beschäftigten sicherzustellen, insbesondere angesichts der COVID-19-Pandemie;
4. in **Weiterbildung und Umschulung** ihrer Arbeitskräfte zu investieren und interne Mobilität zu organisieren, um alle Beschäftigten im Unternehmen zu halten;
5. sich zu einem **hochwertigen sozialen Dialog** zu verpflichten und die Rechte der Beschäftigten auf Unterrichtung und Anhörung zu respektieren;
6. die Gewerkschaftsvertreter umfassend über ihre **eigenen Sanierungsstrategien nach der COVID-19-Krise** zu unterrichten und anzuhören;
7. gemäß der EBR-Richtlinie dem **Sachverstand der Arbeitnehmervertreter** Rechnung zu tragen und ihre **Beteiligung** an der strategischen Entscheidungsfindung, einschließlich der Bestimmung der Produktionskapazität, sicherzustellen;
8. in eine hocheffiziente, industrialisierte Kreislaufwirtschaft zu investieren und **direkte Partnerschaften** mit den unmittelbaren Kunden aufzubauen;
9. sich im Rahmen **technischer Zusammenarbeit für Pilotprojekte** und Infrastrukturen zur Dekarbonisierung zu verpflichten und die Schaffung von **industriellen Synergien** zu erwägen;
10. **industrielle Synergien** (z. B. gemeinsame Infrastruktur für Wasserstoff-Pipelines), **Plattformen für die Zusammenarbeit** (z. B. gemeinsame Nutzung von Energie) zu schaffen und **Innovationsketten für CO₂-arme Technologien** aufzubauen;
11. **lokale Informations- und Konsultationsausschüsse** mit einschlägigen Akteuren (Gewerkschaften, lokalen Behörden und NRO) zu Umweltfragen und industriellen Risiken einzurichten;
12. mindestens einmal pro Jahr Informationen über **kostenfrei zugeteilte CO₂-Zertifikate** zu veröffentlichen und Gespräche mit den Interessenträgern zu führen;
13. **verlässliche Umweltmaßnahmen** zum Schutz der Umwelt vor Ort und der Anwohner umzusetzen.

Zeit zu handeln

Der Erhalt und die Stärkung einer florierenden Stahlindustrie in Europa ist für die **Zukunft der europäischen Fertigungsindustrie** von entscheidender Bedeutung und Stahl wird eine Schlüsselrolle **beim Wiederaufbau Europas nach COVID-19** spielen. Stahl wird auch eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung des EU-Ziels der **CO₂-Neutralität bis 2050** spielen. Wir müssen daher die Herausforderungen im Zusammenhang mit den globalen Überkapazitäten, dem Dumping von billigem Stahl auf den EU-Markt, dem Zugang zu Rohstoffen, hohen Energiepreisen, der Dekarbonisierung, unfairen Handelspraktiken, der Brexit-Unsicherheit und der Stagnation des Wirtschaftswachstums in Europa dringend angehen.

Ein weiterer Niedergang der europäischen Stahlindustrie birgt die Gefahr einer Schwächung der strategischen Autonomie vieler nachgelagerter Industriezweige wie Energie, Bauwesen und Verkehr, die allesamt für den Übergang zu einer CO₂-arme Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind. **Dies würde die zukünftige industrielle Entwicklung der EU ernsthaft beeinträchtigen.**

Ein **neuer europäischer Aktionsplan Stahl**, der als Konjunkturprogramm dienen wird, muss diesen Sektor unterstützen, der sich einem immer schärferen Wettbewerb durch außereuropäische Erzeuger ausgesetzt sieht, die nicht dieselben Umwelt- und Sozialstandards einhalten müssen. Der Sektor muss den Übergang zu

einer CO₂-armen Wirtschaft vollziehen und gleichzeitig auf einem stark wettbewerbsorientierten internationalen Markt bestehen, und dabei gilt es, **Verlagerungen von CO₂-Quellen** und den **Verlust von Arbeitsplätzen in Europa** vermeiden. Kein europäischer Arbeitnehmer darf zurückgelassen werden.

Europäische Entscheidungsträger, nationale und regionale Regierungen, Arbeitgeber, die Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften müssen gemeinsam handeln, um **die Zukunft der europäischen Stahlproduktion zu sichern**. Stahl ist zentraler Faktor der Fertigung in Europa, und es müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, um Europas strategische Autonomie im Stahlsektor wiederherzustellen und die Arbeitsplätze von Tausenden von Stahlbeschäftigten zu verteidigen.

Die europäischen Beschäftigten dürfen nicht länger die Hauptlast dafür tragen, dass sich außereuropäische Länder nicht an internationale Handels- und Umweltmaßnahmen halten. Wir fordern einen **neuen europäischen Aktionsplan Stahl**, um auf diesem Wege in die europäische Stahlindustrie zu investieren und für die Zukunft der europäischen Beschäftigten zu kämpfen.

Besonderer Dank geht an Philippe Morvannou von Syndex für seine Unterstützung bei der Ausarbeitung des Hintergrundpapiers.